

Haushalt und Finanzen 2009



Rede von Landrat Konrad Püning anlässlich der Einbringung des Entwurfes des Kreishaushaltes 2009 am 05. November 2008 im Kreistag Coesfeld

(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort !)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Bismarck wird das Wort zugeschrieben, dass die Politik die „Kunst des Möglichen“ sei. Und diese Erkenntnis ist ebenso richtig wie zeitlos. Denn die Maxime unseres Planens muss es sein, das Mögliche zu erkennen und dazu das wirklich Erforderliche vom Verzichtbaren zu unterscheiden – und dann den Rahmen dafür zu schaffen, dass wir diese grundsätzlichen Erkenntnisse auch in konkretes Handeln umsetzen können. Der Produkthaushalt 2009, den ich heute einbringe, folgt genau dieser Prämisse. Wir setzen klare Prioritäten, verfolgen exakt definierte Ziele, und der Haushalt stellt die dafür erforderlichen Mittel bereit. Und dies geschieht nach neuen Regeln, die für Transparenz und Vergleichbarkeit sorgen: Mit dem Umstieg auf das Neue Kommunale Finanzmanagement haben wir zweifellos Neuland betreten und uns von gewohnten Denkweisen verabschiedet. Auch wenn wir mit dem zweiten NKF-Haushalt noch keine „alten Hasen“ in Sachen kaufmännische Buchführung sind, so haben wir doch die vergangenen Monate für einen wichtigen Lernprozess genutzt. Besonders gefreut hat mich deshalb das Ergebnis der Prüfung unserer Eröffnungsbilanz durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW, die am 21. Oktober 2008 zunächst mit einem Abschlussgespräch beendet werden konnte. Zwar liegt der schriftliche Bericht der GPA NRW noch nicht vor, doch ich darf Ihnen heute mitteilen, dass keine nennenswerten Feststellungen getroffen bzw. Empfehlungen ausgesprochen wurden. Insgesamt bescheinigten uns die Prüferinnen und Prüfer der GPA NRW eine Eröffnungsbilanz von – ich zitiere – „sehr hoher Qualität, die mit Blick auf andere Prüfungen in NRW nicht unbedingt üblich“ sei. Der Kreis Coesfeld erhält nach Aussage der GPA NRW wohl einen der kürzesten Prüfungsberichte seit Beginn der Prüfungen der Eröffnungsbilanzen überhaupt.

Es ist sicher nicht übertrieben zu sagen, dass wir insgesamt gut da stehen. Verschiedene Parameter zeigen deutlich, dass der Kreis Coesfeld für die Zukunft gut aufgestellt ist – und darauf bin ich durchaus stolz. Unsere Hauptaufgabe liegt darin, unsere gesetzten strategischen Ziele zu erreichen.

Ein wichtiger Wert der Eröffnungsbilanz ist das Eigenkapital. Nach Berücksichtigung aller Änderungen wird sich das Eigenkapital des Kreises Coesfeld laut Eröffnungsbilanz auf circa 6,5 Millionen EURO erhöhen – dies ist allerdings immer noch eine sehr geringe Eigenkapitalquote. Denn der Kreis Coesfeld hat die Kreisumlage stets knapp kalkuliert und eben keine Rücklagen auf Kosten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden gebildet oder entsprechendes Vermögen geschaffen. Weil wir hier keine Reserven haben und um den originären Haushaltsausgleich im Produkthaushalt 2009 zu erreichen, ist eine Erhöhung des Hebesatzes zur Kreisumlage allgemein um 0,50 Prozentpunkte absolut unumgänglich. Wir werden natürlich denkbare Verbesserungen insbesondere aufgrund der 2. Modellrechnung zum Finanzausgleich an die Städte und Gemeinden weitergeben. Dies gilt wegen unserer knappen Kalkulation aber leider auch für Verschlechterungen. Ein großer Unsicherheitsfaktor

ist hierbei die Höhe der Landschaftsumlage. Selbst wenn der Hebesatz mit 14,6 Prozent auf dem Vorjahresniveau bliebe, müssten wir wegen der Steigerung der Umlagegrundlagen fast 1,3 Mio. EURO mehr an den LWL zahlen. Die LWL-Umlage beläuft sich dann auf rd. 35,88 Mio. EURO. Das macht die Hälfte der Kreisumlage (49,3 Prozent) aus. Von jedem Euro unserer viel diskutierten Kreisumlage leiten wir rund 50 Cent an den LWL insbesondere zur Finanzierung der Behindertenversorgung weiter.

Sollte der LWL darüber hinaus eine weitere Umlagenerhöhung vorsehen, müssten wir diese in vollem Umfang zusätzlich über die Kreisumlage weitergeben und den Hebesatz gegenüber dem heutigem Haushaltsentwurf entsprechend erhöhen. Die seit wenigen Tagen vorliegenden Eckdaten des LWL weisen in diese Richtung. Sollte die dort vorgesehene Umlageerhöhung Realität werden, müssten wir mit bisher nicht eingeplanten Belastungen von 3 Mio. EURO rechnen. Das entspricht 1,35 Prozentpunkte Kreisumlage.

Ich möchte Ihnen nun keinen Gesamtüberblick über die einzelnen Zahlen geben, sondern anhand ausgewählter Themen und Handlungsfelder die eingangs erwähnten Notwendigkeiten und die damit verbundenen Perspektiven aufzeigen.

Landesweite Beachtung erfährt unser Kreis durch die Tatsache, dass wir seit inzwischen zwei Jahren in Folge die niedrigste Arbeitslosenquote aller Kreise und kreisfreien Städte in ganz Nordrhein-Westfalen vorweisen können. Mit 3,6 Prozent im Oktober hat diese sogar einen historischen Tiefststand erreicht: So wenige Arbeitslose hat es seit Neugründung des Kreises Coesfeld im Jahr 1975 nicht gegeben. In erster Linie verdanken wir dies der positiven Gesamtkonjunktur und unserer gut aufgestellten, mittelständisch geprägten heimischen Wirtschaft, der man zutrauen kann, auch die aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten weitgehend unbeschadet zu meistern.

Es ist ein Hauptanliegen meiner Arbeit, unserer Wirtschaft eine Infrastruktur zu bieten, die sie für ihren Erfolg und damit auch für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen benötigt. Einen besonderen Beitrag hierzu leistet die wfc, unsere Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Seit der Neustrukturierung im Jahre 2006 ist sie nun auf allen relevanten Feldern der Wirtschaftsförderung aktiv. Die Bandbreite reicht von der Existenzgründungsberatung über die erfolgreiche Teilnahme an Ziel 2-Wettbewerben des Landes bis hin zum LEADER-Management für die Baumberge-Kommunen. Die wfc hat sich dadurch bei den heimischen Betrieben und ihren Kammern und Wirtschaftsverbänden, bei unseren Städten und Gemeinden, bei den Bildungseinrichtungen und Non-profit-Organisationen und nicht zuletzt hier im Kreistag eine hohe Akzeptanz erarbeitet.

Als wichtiges Beispiel nenne ich das EUREGIO-Projekt Breitband/NDIX, an dem die wfc zusammen mit unserer Kreisentwicklung und dem Katasteramt arbeitet: Hier geht es darum, den Unternehmen im Kreis eine „Zufahrt“ zur weltweiten „Datenautobahn“ einzurichten – ein wichtiger Wettbewerbsvorteil. Ende 2007 hat der Kreistag beschlossen, dass sich der Kreis Coesfeld finanziell an dem EUREGIO-Projekt „Masterplan Breitband 3N“, bei dem eine Glasfaser-Infrastruktur im Kreisgebiet geschaffen werden soll, beteiligen wird. Mit den regionalen Eigenmitteln und den EUREGIO-Fördermitteln werden bei der wfc GmbH personelle Kapazitäten geschaffen, um Unternehmen im Kreis Coesfeld für den Anschluss an das Breitbandnetz zu akquirieren. Diese Akquise wird im Januar 2009 starten. Zum EUREGIO-Projekt Breitband NDIX wird derzeit ein EUREGIO-Antrag erarbeitet.

Von besonderer Bedeutung für die heimischen Betriebe ist auch unser Bemühen, Fachhochschuleinrichtungen im Kreis Coesfeld anzusiedeln. Dank der großen Nachfrage der Wirtschaft nach ortsnahen, dualen Studienangeboten sowie der finanziellen Zusagen einiger Unternehmen haben die FH Münster und weitere Fachhochschulen in Westfalen mit unserer Unterstützung im Rahmen des Landeswettbewerbs für den Standort Coesfeld insgesamt 210 Studienplätze für die Studiengänge Maschinenbau, Softwareingenieurwesen und Elektrotechnik beantragt. Die Bewerbung hat sich inzwischen für die zweite Wettbewerbsrunde qualifiziert. Darüber hinaus streben wir in Dülmen einen betriebswirtschaftlichen FH-Studiengang an.

Möglichkeiten der Kooperation unserer Berufskollegs mit der Fachhochschule Münster werden derzeit geprüft. Außerdem ist an den Berufskollegs die Einrichtung weiterer zukunftssicherer Bildungsgänge vorgesehen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf zeigt eine große Bandbreite von Projekten auf, die als innovative Strukturmaßnahmen den Kreis Coesfeld in seiner Gesamtheit voranbringen werden. Grundlegende Impulse für eine nachhaltige Verbesserung unserer Infrastruktur, Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität erwarten wir von der REGIONALE 2016. Die Arbeitsstrukturen der zentralen Steuerungseinheit werden mit einem Vertrag über die Gründung der REGIONALE 2016-Agentur GmbH geschaffen. Nach der Entscheidung des Kernteams wird die Agentur ihren Sitz in Velen haben. Es hätte mich natürlich besonders gefreut, wenn Dülmen als Standort gewählt worden wäre. Allerdings wird die REGIONALE nicht über ein Büro, sondern über ihre Projekte definiert: Veranstaltungen der Agentur und erst recht die Projekte werden selbstverständlich im gesamten REGIONALE-Gebiet stattfinden.

Die Finanzierung der Agentur erfolgt ab dem 01. Oktober 2009 zu 70 Prozent durch eine Förderung des Landes NRW, zu 20 Prozent durch die Sparkasse Westmünsterland und zu 10 Prozent durch die beteiligten Kommunen. Mit Einrichtung der Agentur verlagern sich die Aufwendungen; es sind dann ihre Personal- und Sachkosten anteilig zu tragen. Im kommenden Jahr gilt es zudem, eine geeignete Persönlichkeit für die Geschäftsführung und erste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen. Außerdem werden Verfahren zur Projektauswahl entwickelt. Wir werden den Wettbewerb der Ideen, Konzepte und Projekte, in den die ganze Region treten wird, voraussichtlich mit Beginn des Jahres 2010 eröffnen können. Ich freue mich auf diesen Prozess, in den wir uns alle mit ganzer Kraft einbringen werden.

Die REGIONALE wird insbesondere auch, das ist jetzt bereits absehbar, die Lebensbedingungen für Familien im Fokus haben. Hier liegt ein weiteres zentrales Handlungsfeld der Politik im Kreis Coesfeld. Eine weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist das Ziel des Projektes „Netzwerk Familie-Arbeit-Mittelstand im Münsterland“. Hierbei sollen gemeinsam mit den Unternehmen im Kreis zum Beispiel weitere Möglichkeiten der Kinderbetreuung geschaffen werden, etwa durch Belegmöglichkeiten für Unternehmen in vorhandenen Betreuungseinrichtungen – und zwar wohnortnah und betriebsnah zugleich. Das auf drei Jahre angelegte Projekt wird im Wesentlichen aus ESF-Mitteln der EU finanziert, erfordert aber auch einen jährlichen Eigenanteil des Kreises von 25.000 EURO. Der Kreis beteiligt sich in den Jahren 2008 bis 2010 mit jeweils 25.000 EURO an diesem Projekt, wie vom Kreistag am 07. Mai 2008 beschlossen.

Weitere Zukunftsbausteine sind die Initiativen „Clever wohnen im Kreis Coesfeld“ und „Energetisch wirtschaften“ – letztere haben wir heute im Rahmen eines Pressegesprächs der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Aktivitäten rund um die Initiative „Clever wohnen im Kreis Coesfeld“ werden damit nun auch auf die Gewerbetreibenden im Kreis übertragen. Damit setzen wir die entsprechende Handlungsanweisung des interfraktionellen Leittrahns "Regenerative Energien und Klimaschutz im Kreis Coesfeld" um. Schwerpunkt des eigenständigen Projektes, das mit finanzieller Beteiligung der Kreishandwerkerschaft Coesfeld, der Sparkasse Westmünsterland und des Kreises Coesfeld zunächst auf drei Jahre angelegt wurde, ist die Verbesserung der Energieeffizienz in kleinen und mittleren Unternehmen – ein Projekt, das nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz darstellt, sondern – wie „Clever wohnen“ – auch die heimische Wirtschaft stärken wird. Denn beide Initiativen sollen erhebliche Investitionen auslösen, die wiederum heimischen Unternehmen zugute kommen – auch dies ist ein Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Der Kreis Coesfeld und die kreiseigenen Kommunen tragen zu der niedrigen Arbeitslosenquote bei, indem sie in ihren Zentren für Arbeit Langzeitarbeitslose nach dem SGB II betreuen und in Arbeit vermitteln – als so genannte Optionskommune, „in Eigenregie“ und in klarer, partnerschaftlicher Aufgabenteilung mit der örtlichen Agentur für Arbeit. Der Entwicklung vom Jahr 2005 bis heute ist zu entnehmen, dass es auch in diesem Bereich gelungen ist, die Zahl der Arbeitslosen vom Dezember 2005 (4.188) bis zum September 2008 (2.124) deutlich, nämlich um fast 50 Prozent zu senken. Die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes im Kreis Coesfeld im Jahre 2008 und die weiterhin sinkende Zahl der Arbeitslosen darf uns jedoch nicht dazu verleiten, uns auf den Erfolgen auszuruhen. Mein persönliches Anliegen als Landrat bleibt es unverändert, möglichst vielen Langzeitarbeitslosen einen ersten oder erneuten Einstieg in den 1. Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Dies erfordert erheblichen Aufwand und hängt zudem davon ab, dass wir auch künftig in dieser Form weiterarbeiten können. Denn ich bin fest davon überzeugt, dass die kommunale Aufgabenerledigung eine erfolgreiche ist. Aus diesem Grund halte ich die Entscheidung zur Wahrnehmung der Option noch immer für absolut richtig und befürworte ausdrücklich die Fortführung der Aufgabenwahrnehmung durch den Kreis Coesfeld über das Jahr 2010 hinaus! Die Bundespolitik hat hier eine langfristige Perspektive aufgezeigt: Ein Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sieht eine ausdrückliche Absicherung für den Fortbestand der zugelassenen kommunalen Träger vor. Die

bestehenden Optionskommunen sollen als „dauerhaftes Übergangsrecht“ im Grundgesetz verankert werden.

Fast täglich können Sie den Medien entnehmen, dass die Arbeitsmarktreform erhebliche finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte hat. Die Finanzströme, die durch die Grundsicherung für Arbeitsuchende entstanden sind, spiegeln sich auch im Haushalt des Kreises Coesfeld wider. Zu diesem Thema – insbesondere auch zu den erheblich sinkenden Beteiligungen des Bundes und des Landes mit entsprechenden Auswirkungen auf die Kreisumlage - wird Herr Kreisdirektor Gilbeau gleich noch ausführlich berichten.

Ich möchte dennoch kurz auf ein politisch bedeutsames Thema eingehen. In 2009 muss mit einer weiteren Kürzung gerechnet werden, was die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft im Rahmen des SGB II betrifft. Hat sich der Bund im Jahr 2007 noch mit 31,2 Prozent an den Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen des SGB II beteiligt, so waren es im Jahr 2008 für NRW nur noch 28,6 Prozent. Die Planung für den Entwurf des heute eingebrachten Produkthaushalts 2009 erfolgte auf der Grundlage einer Bundesbeteiligung von zu erwartenden 25,6 Prozent. Erst nach Drucklegung des Entwurfes ging die Mitteilung des Deutschen Landkreistages ein, dass der Bundesrat voraussichtlich am 07. November 2008, also übermorgen, über einen Gesetzesentwurf beraten wird, der für NRW nur noch eine Bundesbeteiligung von 25,4 Prozent vorsieht. In der Begründung des vorliegenden Regierungsentwurfes heißt es, dass sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im maßgeblichen Zeitraum um mehr als 0,5 Prozent verändert habe – und damit eine gesetzmäßige Anpassung der Bundesbeteiligung für das Jahr 2009 erforderlich sei. Die daraus resultierende Änderung für den Produkthaushalt 2009 ist im Rahmen der Haushaltsberatungen noch vorzunehmen. Wir halten diese Logik für falsch, haben doch Bedarfsgemeinschaftszahlen und tatsächliche Kosten unmittelbar nur begrenzt miteinander zu tun. Die überproportionale Steigerung der Energiekosten bleibt hierbei zum Beispiel ausgeblendet. Dennoch müssen wir uns auf diesen Rückgang der Bundesbeteiligung einstellen.

Im Jahr 2007 hat der Kreis Coesfeld einen Betrag von 2.065.0000 EURO als Erstattung des Landes bzw. aus der Verteilung der Landesersparnis bei den Wohngeldausgaben auf die Kreise und kreisfreien Städte in NRW erhalten. Welchen Betrag der Kreis im Jahr 2008 erhalten wird, steht derzeit noch nicht fest – er soll bei ca. 700.000 Euro, also um 2/3 niedriger liegen. Das ist aus meiner Sicht nicht plausibel und bedarf der Überprüfung. Und nicht nur im Rahmen des SGB II, sondern auch im Rahmen des SGB XII werden weitere Belastungen erwartet, was die Bundesbeteiligung im Rahmen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung betrifft. Die Kürzung der Erstattung für die seit 2003 auf die Kommunen übertragene Grundsicherung im Alter fällt allerdings glücklicherweise nicht so stark aus, wie zu befürchten war. Die Bundesregierung wollte für 2008 eine Beteiligung von lediglich 7,1 Prozent der Nettoausgaben des Vorjahres einführen. Im Rahmen der Wohngeldnovelle wurde jedoch entschieden, dass es für 2008 bei der bisherigen Regelung bleibt und ab dem 01. Januar 2009 eine prozentual gestaffelte Bundesbeteiligung von zunächst 13 Prozent der Ausgaben des Vorjahres tritt, die jährlich um einen Prozentpunkt erhöht wird, bis im Jahr 2012 der Höchstsatz von 16 Prozent erreicht ist.

Die arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Ziele werden durch die Aufgabenwahrnehmung des Kreisjugendamtes unterstützt. Hierzu zählen insbesondere die Schaffung von weiteren Möglichkeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit durch bedarfsgerechte Betreuungsangebote für Kinder.

Die neuen Strukturen durch das KiBiz und das derzeitige Wahlverhalten der Eltern hinsichtlich des Betreuungsumfangs führen zu höheren Ausgaben gegenüber diesem Jahr von rd. 1,5 Mio. EURO. Hierbei planen wir eine Steigerung der Anzahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren von derzeit 440 auf 570 Plätze. Dies entspricht einer Quote von 16,4 Prozent. Bei einer Erhöhung der Versorgungsrate sind weitere Finanzmittel erforderlich.

Wir alle haben uns intensiv damit beschäftigt, die Personalsituation im Jugendamt den deutlich gewachsenen Anforderungen anzupassen. Mit dem zusätzlichen Personal des Jugendamtes ist es nun auch unsere Aufgabe, die Unterbringung von Kindern in Heimen durch verstärkte ambulante Maßnahmen oder Einrichtung und Begleitung von Pflegestellen zu vermeiden oder – falls dies nicht möglich ist - zeitlich zu begrenzen und die Rückkehr in die Herkunftsfamilie zu erreichen. Hierzu haben wir ein Projekt mit dem Kinderwohnheim Dülmen, der Erziehungsberatungsstelle Lüdinghausen und dem Kreisjugendamt zur Entwicklung von Strategien begonnen, um die Verweildauer in den Heimen unter fachlich zu verantwortenden Gesichtspunkten zu verkürzen. Finanziell wird sich diese Strategie aber erst langfristig positiv auf den Haushalt auswirken.

Zur Deckung der Kosten des kreiseigenen Jugendamtes wird eine Mehrbelastung erhoben, die von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden ohne eigenes Jugendamt aufzubringen ist. Insgesamt erhöht sich der durch die Jugendamtsumlage zu deckende Betrag im Haushaltsjahr 2009 um rund 2,6 Mio. EURO auf etwa 26,4 Mio. EURO. Die Mehrbelastung Jugendamt muss daher von 18,53 Prozent um 1,4 Prozentpunkte auf 19,93 Prozent angehoben werden. Auch dies halte ich für eine wichtige Investition in die Zukunft unserer Familien – und damit unserer Gesellschaft insgesamt. Familienpolitik muss Planungen für alle Generationen umfassen. Auch der demographische Wandel stellt uns vor neue Herausforderungen, was die Altersstruktur unserer Gesellschaft betrifft. Es geht dabei auch um eine Vereinbarkeit von Familie und Pflege, schließlich sind es vor allem pflegende Angehörige, die hier die Hauptlast tragen; auch hier verfolgen wir konsequent den Ansatz „ambulant vor stationär“.

Mit Spannung wurden die Auswirkungen der ersten Reform der Pflegeversicherung in diesem Jahr erwartet. Denn am 01. Juli trat das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz in Kraft. Es bringt vor allem Verbesserungen für die ambulante Pflege zu Hause. Erstmals seit 1995 gibt es nun mehr Geld, in den Jahren 2010 und 2012 sollen die Beträge noch einmal angehoben werden und dann dynamisch der Kostenentwicklung angepasst werden. Die umfassenden gesetzlichen Änderungen führen natürlich vor allem bei unserer Zentralen Pflegeberatungsstelle zu verstärkten Nachfragen, haben aber auch Auswirkungen auf den Haushalt des Kreises. Gerade die Entwicklung in der häuslichen Pflege zeigt, dass mit den erhöhten Beträgen der Pflegekasse Bürger ihren Bedarf nun selbst decken können – und Sozialhilfe nicht mehr als Aufstockung benötigt wird. Aber es ist auch festzustellen, dass nicht alle Pflegebedürftigen diese neuen Leistungen kennen und sie nicht aus eigener Initiative abgerufen werden. In vielen Fällen waren und sind hier Hilfestellungen unserer Mitarbeiterinnen erforderlich.

Einer näheren Beobachtung bedarf ein anderes Ziel der Pflegereform, nämlich der geplante Aufbau von Pflegestützpunkten. Bei der Beratung der Bürgerinnen und Bürger sind wir mit unserer Zentralen Pflegeberatung in Vorleistung gegangen. Die Resonanz in der Bevölkerung und in den Medien war bislang enorm und überaus positiv. Dies zeigt den hohen Beratungsbedarf der Menschen, wenn es um Fragen der Pflege geht. Wir werden sehen, wie sich die erfolgreiche Arbeit unserer Zentralen Pflegeberatung mit den neuen Beratungsstrukturen der Pflegekassen verbinden lässt. Als nach wie vor wesentlicher Kostenträger sollten wir uns als kommunale Träger aus diesem Bereich keinesfalls herausziehen.

Von der Pflege zum ÖPNV: Die RVM schloss ihr Wirtschaftsjahr 2007 mit einem Betriebsergebnis von 171.000 Euro ab. Diesem Betriebsergebnis lagen sogenannte aperiodische Erträge aus Vorjahren in Höhe von 3,4 Mio. Euro zugrunde. Bei diesen Erträgen handelte es sich um Ausgleichsleistungen des Landes für den Schülerverkehr der Jahre 2000 – 2006 sowie um Nachzahlungen aus der Einnahmeaufteilung der Verkehrsgemeinschaft Münsterland.

Für das laufende Wirtschaftsjahr sind keine aperiodischen Erträge in dieser Größenordnung zu erwarten, so dass das voraussichtliche Betriebsergebnis mit 4,3 Mio. Euro wieder dem realen Aufwand der Beförderungsleistungen entsprechen wird. Für den Haushalt 2009 ist somit für den Aufwundersatz der RVM ein deutlicher Anstieg von rd. 694.000 Euro zu planen.

Eine bürgerfreundliche und serviceorientierte Verwaltung ist ohne eine ausreichende Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht möglich. Der Stellenplan für das Jahr 2009 sieht keine Ausweitung vor. Die Personalsituation ist angespannt. Mehrbedarfe im Bereich der übernommenen Aufgaben der Versorgungs- und Umweltverwaltung werden durch die Teilumsetzung von Mitarbeitern gedeckt. Die Einrichtung eines regionalen Bildungsnetzwerkes soll ebenfalls durch Umschichtung ermöglicht werden. Gleichwohl werden sich beim Personaletat Mehrbedarfe nicht vermeiden lassen. Dies resultiert zunächst aus dem Tarifabschluss vom 31.03. dieses Jahres. Die Tarifvertragsparteien haben darin für 2009 eine weitere Erhöhung der Entgelte in Höhe von 2,8 v. H sowie eine Einmalzahlung vereinbart. Ich gehe davon aus, dass auch die Besoldung der Beamten im nächsten Jahr in einem ähnlichen Umfang angepasst wird. Daher sieht auch der Etatentwurf eine Besoldungserhöhung vor, die sich am Tarifabschluss orientiert.

Nach den Berechnungen der Firma Heubeck AG sind Ende 2009 Rückstellungen für Pensionen und für Beihilfen zu bilden.

Insgesamt steigt der Personalaufwand deshalb einschließlich der NKF-bedingten Rückstellungsveränderungen um ca. 1 Mio. EURO auf 33 Mio. EURO an.

Ich habe nun, um auf Bismarck zurückzukommen, einige wichtige Möglichkeiten in der Kreispolitik aufgezeigt – und das, was wir gemeinsam daraus machen können. Und ich bin vor diesem Hintergrund der festen Überzeugung, dass der Kreis Coesfeld mit Zuversicht in die Zukunft schauen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche Ihnen erfolgreiche Haushaltsberatungen und gebe das Wort nun weiter an unseren Kämmerer, Herrn Kreisdirektor Gilbeau. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.